

Der Neutrale, der Krieg und die Waffen

Über den politischen und rechtlichen Wert der Neutralität Österreichs und warum wir für aktive Friedenspolitik auch Sicherheit neu denken müssen

Von Thomas Roithner

In unterschiedlichen europäischen Staaten haben sich schon vor dem 24.2.2022 zivilgesellschaftliche Bewegungen um das Thema „Sicherheit neu denken“ formiert. Seit dem Beginn der aktuellen Kriegsphase ließ der Sicherheitsdiskurs das bislang kaum Denkbare nicht nur vorstellbar, sondern auch Realität werden. Viele Meinungsseiten der Zeitungen sind heute eindeutig: „Team Waffen“ – there is no alternative. Der Gegenwind für Ursachenanalyse, Friedensverhandlungen oder Deeskalation erscheint zunehmend beträchtlicher.

Die Säulen der deutschen Konzeption von „Sicherheit neu denken“ sind gerechte Außenbeziehungen, nachhaltige Entwicklung der EU-Anrainerstaaten, Teilhabe an der internationalen Sicherheitsarchitektur, resiliente Demokratie und Konversion der Bundeswehr und Rüstungsindustrie. Instrumente sind u.a. zivile Krisenprävention und Konfliktbearbeitung im Rahmen einer reformierten UNO (Becker et al 2018: 13). Auch in Frankreichs aktuell noch kleineren Kampagne „Repenser la sécurité“ kommen wesentliche Diskussionsimpulse aus den Kirchen. Joanna Frew (2022: 15) vom britischen „Rethinking Security“-Netzwerk adressiert „zugrundeliegende Auslöser der Unsicherheit“ und engagiert sich für einen veränderten Diskurs in Richtung „human security“ (menschliche Sicherheit). Auch in Österreich entwickelt sich die Debatte.

Keine Waffen

Es klang schon fast ein wenig nach Entschuldigung, dass Bundespräsi-

dent Alexander Van der Bellen anlässlich seines Besuches in der Ukraine gar nicht gewusst hätte, was angesichts der Waffenbestände des heimischen Heeres geliefert werden könne. Auch wenn er Kampfpanzer weder aus dem Hut zaubern kann noch darf, so hatte er Neutralitätskompatibles – Generatoren und Baumaterial – im Gepäck. Und er sehe gerade keine Friedenstaube fliegen.

Österreich ist militärisch neutral, politisch klar auf Seite der Ukraine und des Völkerrechts. Immerwährend neutral meint die Verpflichtung, sich an keinem Krieg zu beteiligen. Unabhängig vom Wer, Wo und Wann. Der Völkerrechtler Manfred Rotter traf die politische DNA in Österreich, wenn er die Neutralität überspitzt „als Status der generellen Kriegsverweigerung“ zusammenfasst. Also prinzipiell keine Waffen und keine Soldat*innen in Kriege anderer Staaten und kein Militärbündnis. Kaum etwas genießt über Jahrzehnte so hohe Umfragerate. So manche Partei übt sich im politischen Salto, wenn in vormaligen Zeiten ein NATO-Beitritt Österreichs als Option auf der Agenda stand und heute die Neutralität hoch gehalten wird.

Lücke zum Dialog

Seit den 1950ern ist eine aktive Amtssitzpolitik Österreichs innenpolitisch quasi Konsens. Wien beherbergt einen Sitz der Vereinten Nationen, der Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE) und gut 40 weiterer internationaler Organisationen. Österreich als Verhandlungsort wird innenpolitisch beinahe überschwänglich kultiviert.

Genau ein Jahr nach Beginn der laufenden Kriegsphase fand am 24.2.2023 die Parlamentarische Versammlung der OSZE in Wien statt. Zuständigkeit und Idee der damals 1975 in Helsinki noch als Konferenz zusammentretenden Staaten: gesamteuropäische Sicherheit.

Gesamteuropäisch heißt, dass alle am Tisch sitzen. Außenminister Alexander Schallenberg spürte viel Widerstand, als er die Visaerteilung an teils hochumstrittene russische Diplomaten verteidigte. Schallenberg argumentierte rechtlich mit seiner Verpflichtung als Amtssitz der OSZE und politisch, dass Russland seine Isolierung vor Augen geführt werden soll. Folgerichtig, denn Schallenberg hat die Ausladung Russlands anlässlich der OSZE-Tagung in Polen auch kritisch gesehen. Das Argument: gerade in besonders schwierigen Zeiten braucht es inkludierend wirkende Foren. Keine Illusion, aber die kleine Lücke zum Dialog nützen.

Welche Sicherheit?

Jetzt erlaubt die Position Österreichs mit einem Nein zu direkten Waffenexporten ins Kriegsgebiet und dem Ja zu russischen Diplomatenvisa theoretisch zwei Lesarten. Die eine setzt trotz der Lage auf Dialog, kooperative Organisationen und Sicherheit mit einem Nachbarn, dessen geographische Lage nicht zu ändern ist. Die andere sieht unsolidarisches Wegducken, das insgeheime Schielen auf wirtschaftliche Vorteile und die augenzwinkernde Sympathie mit Autoritärem. Das Dazwischen wird auch weniger heiß gegessen als gekocht, verur-

sacht aber nicht weniger Bauchweh: Das neutrale EU-Mitglied hat sich im Zuge der Waffenlieferungen über die EU-„peace facility“ konstruktiv der Stimme enthalten und die Verteidigungsministerin macht politisch gutes Wetter für Österreich im European Sky Shield. An der Beteiligung Österreichs an zum Teil auch umstrittenen EU-Militäreinsätzen oder EU-Rüstungsprojekten sahen die Regierungen unterschiedlicher Zusammensetzung in der Vergangenheit wenig Probleme.

Beim völkerrechtlichen Verbot von Antipersonenminen, Streuwaffen oder Atomwaffen folgte Österreich stets einem humanitären Ansatz und menschlicher Sicherheit. Und Österreich stand dabei in der allerersten Reihe. Gerade nukleare Abrüstung und Rüstungskontrolle können als zentrale friedenspolitische Idee Österreichs betrachtet werden. Dies drückt sich nicht nur als aktives Engagement für den Atomwaffenverbotsvertrag durch Österreichs Diplomatie aus, sondern auch in Form einer aktiven Amtssitzpolitik (z.B. Atomenergiebehörde IAEA, atomare Teststopporganisation CTBT Preparatory Commission) und als Gastgeber von Verhandlungen (z.B. Iran-Gespräche JCPOA, NewSTART). Neben der humanitär begründeten Abrüstungspolitik auf Ebene der UNO verfolgt Österreich auf EU-Ebene eine stärker als bisher militärisch und rüstungsindustriell gestützte Sicherheitspolitik. Beide Sicherheitsparadigmen passen in die Neutralitätskiste.

Friedensverhandlungen

„In Vielfalt geeint“ propagiert die EU. Gleichzeitig verengt sich die EU-Debatte immer mehr auf Waffenlieferungen, neue Sanktionen und eigene Aufrüstung. Wertvoll ist der Neutrale dann, wenn er Dialog ermöglicht. Selbst in den konfrontativsten Zeiten des Kalten

Krieges war Wien als Verhandlungsplatz akzeptiert. Es gilt für den aktiv Neutralen, ernst zu nehmende Verhandlungsprozesse – wann und wo auch immer diese stattfinden – zu unterstützen.

Neben humanitären Aspekten hat Österreichs Regierung auch die Einführung eines Zivilen Friedensdienstes auf der Agenda. Glaubwürdig ist der Neutrale, wenn er bei Solidarleistungen an UNO und OSZE deutlich über die unterste Richtschnur springt. Doch leider regiert in der Außenpolitik auch der Sparefroh und Österreich hat nicht zuletzt deshalb seit dem EU-Beitritt nur vereinzelt politischen Geländegewinn erzielt.

In vielen öffentlichen Debatten werden Verhandlungsprozesse derzeit als unrealistisch diskreditiert und betont, dass diese dem Aggressor helfen würden. Für eine langfristige nachhaltige Friedenslösung ist nicht die Frage, ob verhandelt wird, sondern wie und worüber. Die letzten Monate haben gezeigt, dass auch „kleine“ Verbesserungen der menschlichen Sicherheit helfen können, um Gesprächskanäle offen zu halten. Getreidelieferungen, Gefangenenaustausch oder die Sicherheit um das AKW Saporischja zeigen, dass Einigungen unterhalb einer „großen Lösung“ (z. B. Territorialfragen) denkbar sind.

Der Friedensplan von Emmanuel Macron und jener Italiens sieht auch ein Nachdenken über eine künftige europäische Sicherheitsarchitektur vor. Wie und auf Basis welcher Fragen können sicherheits- und vertrauensbildende Maßnah-

men langsam Fuß fassen? Wo kann auf Kenntnisse der OSZE im Bereich ziviler Krisenprävention aufgebaut werden? Welche Minimalanforderungen gibt es in Bezug auf den Vertrag für konventionelle Streitkräfte in Europa? Kann auf dem Weg der Wiedergewinnung nuklearer Abrüstungs- und Rüstungskontrollverträge auch langfristig über Teile Europas als nuklearwaffenfreie Zonen gesprochen werden? Welche besondere Rolle kommt neutralen Staaten in einer künftigen gesamteuropäischen Friedensordnung zu? Gibt es gemeinsame Ansätze für das Klimaziel Frieden? Auf welcher Basis kann all dies glaubwürdig kontrolliert werden?

Thomas Roithner, Friedensforscher, Mitarbeiter im Internationalen Versöhnungsbund und Privatdozent für Politikwissenschaft an der Universität Wien.

Literatur zu „Sicherheit neu denken“
Becker Ralf, Maaß Stefan, Schneider-Harpprecht Christoph (Hg.): Sicherheit neu denken. Von der militärischen zur zivilen Sicherheitspolitik, Karlsruhe 2018.
Frew Joanna: „Rethinking Security“ im Vereinigten Königreich, Spinnrad 4/2022, Wien, S. 14-17.
FREDA, Internationaler Versöhnungsbund, Pete Hämmerle, Thomas Roithner (Hg.): Frieden ist möglich – aber sicher! Impulse für eine gewaltfreie Gestaltung von Gesellschaft und Staat. Wie wir Sicherheit neu denken können, Wien 2022.

